

RP+ Runder Tisch

K+S verteidigt weiteren Salzabbau

Kreis Wesel - K+S will zwischen Xanten und Rheinberg neue Flächen für den Salzabbau erschließen. Darum ging es bei einem „Runden Tisch“ in Wesel. Der Konzern trat Sorgen und Befürchtungen entgegen. Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten widersprach ihm.

07.07.2025, 17:45 Uhr · 5 Minuten Lesezeit



Das Steinsalzwerk Borth fördert seit 1925 Steinsalz aus einer Lagerstätte zwischen Wesel und Xanten.

Foto: Ostermann, Olaf (oo)



Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Der Konzern K+S hat seine Pläne für einen weiteren Salzabbau zwischen Xanten, Sonsbeck, Alpen und Rheinberg verteidigt. Die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans durch die Bergbehörde ermögliche den Abbau „für die nächsten Jahrzehnte“, „schwere Bergschäden“ seien dadurch aber nicht zu erwarten, auch nicht in einem „Worst-Case-Szenario“, sagte Jürgen Choné, der Leiter des Salzbergwerks in Borth, am Montag im Kreishaus in Wesel. Der K+S-Mitarbeiter war einer von mehreren Referenten beim „Runden Tisch Salzbergbau“, zu dem der Kreis Wesel eingeladen hatte. Damit war er vom Kreistag beauftragt worden.

Auf der Veranstaltung sollten „die unterschiedlichen Sichtweisen der Beteiligten“ dargestellt werden, erklärte der Kreis Wesel im Vorfeld. Das Salzbergwerk in Borth sei „ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor“, sagte Helmut Czichy vom Vorstand der Kreisverwaltung am Montag. Auf der anderen Seite stünden aber die Bergsenkungen durch den Salzabbau, die Kosten der Bergschäden und die Sorgen der Bevölkerung. Deshalb sei ein Austausch zwischen den unterschiedlichen Beteiligten wichtig, und dieser Austausch solle von Kenntnis und Verständnis geprägt sein. Dazu solle der „Runde Tisch“ beitragen.

INFO

Prüfung durch Bergbehörde

Zeitfolge Jan Elsner, leitender Regierungsdirektor Bergbau und Energie in NRW, erklärte den zeitlichen Ablauf im Planfeststellungsverfahren. Demnach war im Februar 2022 von K+S der Antrag auf Erweiterung der Abbauflächen eingegangen. Im März 2022 habe das Beteiligungsverfahren begonnen, im April 2024 sei es abgeschlossen worden, im April 2025 sei der Planfeststellungsbeschluss ergangen.

Zulassung Jan Elsner sagte, dass die Bergbehörde kein Ermessen bei der Entscheidung habe, ob sie einen Rahmenbetriebsplan zulasse, sie dürfe bei der Entscheidung keine Abwägung vornehmen. Wenn die Voraussetzungen erfüllt seien, müsse der Rahmenbetriebsplan zugelassen werden, er könne aber unter Auflagen zugelassen werden, so wie im Fall von K+S.

Vor allem aus den betroffenen Kommunen Alpen, Rheinberg, Sonsbeck und Xanten waren Bürgerinnen und Bürger gekommen, unter ihnen zahlreiche Kommunalpolitiker und Vertreter der Kommunalverwaltungen. Verschiedene Fachleute hielten Vorträge, und die Zuhörerinnen und Zuhörer konnten dazu Fragen stellen. Am Nachmittag war eine Abschlussrunde mit mehreren Referenten geplant. Von Zuhörern kam die Kritik, dass die Veranstaltung zu spät komme, da die Bergbehörde den Rahmenbetriebsplan für K+S im April 2025 schon genehmigt habe. Dagegen sind mittlerweile 14 Klagen eingereicht worden, wie am Montag berichtet wurde. Bekannt sind zum Beispiel Klagen der Kommunen, des Kommunalen Wasserwerks (KWW), des St.-Josef-Hospitals und der katholischen Kirchengemeinden Xanten und Alpen.



Im Kreishaus in Wesel fand am Montag der „Runde Tisch Salzbergbau“ statt.

Foto: RP/Markus Werning

In seinem Vortrag erklärte Bergwerksleiter Jürgen Choné, wie das Salz in einer Tiefe von 740 bis 1000 Metern abgebaut und was damit hergestellt wird, unter anderem Auftausalz, Speisesalz und Pharmasalze. Der Abbau führe zu Bodensenkungen an der Oberfläche, sagte er. Diese Senkungen seien „meist großflächig und gleichmäßig und sehr langsam“. Teilweise dauere es mehr als 100 Jahre bis zur sogenannten Bergruhe, bis also keine Bergsenkungen mehr zu erwarten seien.

„Schwerwiegende Bergschäden“ seien durch den Salzbergbau am Niederrhein bisher „nicht vorgekommen“, sagte Jürgen Choné. Wegen der langsamen und gleichmäßigen Bergsenkungen seien sie auch nicht zu erwarten. Die Senkungsannahmen im Rahmenbetriebsplan stellten ein „Worst-Case-Szenario“ im Fall eines maximal möglichen Salzabbaus dar, dieser Fall werde aber „erfahrungsgemäß nicht eintreten“. Zunächst müssten die neuen Lagerstätten auf ihre wirtschaftliche Abbauwürdigkeit untersucht werden.

Auf einer Karte zeigte Jürgen Choné die Explorationsbohrungen im neuen Westfeld (unter anderem unterhalb der Hees in Xanten) und im Südwestfeld. Nach Angaben von Jan Elsner, bei der Bezirksregierung Arnsberg leitender Regierungsdirektor Bergbau und Energie in NRW, ist der Planfeststellungsbeschluss seiner Behörde, der Bergbehörde für NRW, „sofort vollziehbar“, unabhängig der eingereichten Klagen. Für das Unternehmen bestehe das Risiko, dass es den Beschluss umsetze, ein Gericht die Maßnahme nachträglich für rechtswidrig erkläre und dann eine Kompensation zu leisten sei, „aber das ist im Moment Spekulation“.

Zu den Referenten gehörte auch Torsten Schäfer, Vorstandsvorsitzender der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW. Er widersprach der Darstellung von Jürgen Choné. Die Erweiterung des Salzbergbaus werde zu „gefährlichen Senkungen“ führen, sagte Torsten Schäfer. Die Bürgerinitiative sehe den Salzbergbau gerade in

dieser Region als kritisch, weil es ein hochwasserkritisches Gebiet sei und der Rhein eine Gefahr darstellen könne, wenn er über die Ufer trete und durch die Senkungen die umliegende Region tiefer liege. Er zählte Beispiele auf für Schäden, die in der Vergangenheit durch den Salzbergbau entstanden seien, unter anderem nannte er die Kanalisation in Wallach, die Landstraße 460 und den rheinfernen Deich in Birten. Er erinnerte auch an Menzelen, wo um den Jahreswechsel 2023/2024 Wasser in die Keller gelaufen sei.

Lesen Sie auch

Schäfer warnte auch vor den Folgen für die Standsicherheit der Deiche. Bei der Frage, ob und wie künftig weiter Salz abgebaut werde, müsse gegeneinander abgewogen werden – der wirtschaftliche Nutzen und der volkswirtschaftliche Schaden. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass es ab 2050, nach dem Ende des Bergbaus, keinen Nutzen mehr gebe, sondern „nur noch Schäden, Kosten, Gefahren“.

(wer up)



Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 🎁

Link kopieren